

Mehrheit des EU-Parlaments will verbindliche Vorgaben für „saubere“ kommunale Busse und Lkw

## „Die Idee ist gut, aber die Umsetzung ist schlecht“

Mit verbindlichen Vorgaben will die Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen den Anteil neuer emissionsarmer Busse und Lkw in der kommunalen Flotte erhöhen.

Die Idee, die hinter dieser neuen EU-Richtlinie steckt, ist gut. Aber die Umsetzung ist schlecht! Der Entwurf sieht vor, dass europäische Städte und Kommunen bestimmte Anteile an „sauberen“ Fahrzeugen einhalten müssen, wenn sie ihre Flotten erweitern. Für Deutschland würde dies konkret bedeuten: Bis 2025 müssten mindestens zehn Prozent der neuen Lkw (bis 2030 mindestens 15 Prozent) emissionsarm sein, bei den Bussen reden wir von 50 Prozent bis 2025 beziehungsweise 75 Prozent bis 2030.

Alte Fahrzeuge, die nachgerüstet werden, werden anerkannt. Als emissionsarm gelten sowohl elektrisch- und hybridbetriebene Fahrzeuge als auch solche mit Wasserstoff-, CNG- und LNG-Antrieb und bestimmten Biokraftstoffen.

An sich ist dieser Vorschlag nicht schlecht, finde ich. Wer, wenn nicht die öffentliche Hand, sollte mit gutem Beispiel vorangehen? Aber viele Kommunen, gerade in Deutschland, haben auf diesem Gebiet schon Hervorragendes geleistet. Diese Leistung würde mit dem Gesetz, sollte es tatsächlich ungeändert verabschiedet werden, nicht anerkannt. Die Kommunen, die sich bisher schon auf freiwilliger Basis zum Beispiel um E-Linienbusse bemüht haben, wären die Dummen. Das kann ich so nicht akzeptieren!

Neue EU-Regeln für hochwertiges Trinkwasser

## Richtlinie schafft Anreiz zu mehr Konsum von Leitungswasser

Die EU will das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser stärken, das im Vergleich zu Tafelwasser in Flaschen viel preisgünstiger und umweltfreundlicher ist.

Der Gesetzentwurf, den wir EU-Parlamentarier vergangene Woche in Straßburg angenommen haben, verschärft die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei (um die Hälfte gesenkt) und für schädliche Bakterien. Er setzt zudem neue Grenzwerte für bestimmte hormonwirksame Stoffe (endokrine Disruptoren) und sieht eine Überwachung des Gehalts an Mikroplastik vor. Die Pläne zielen darauf ab, dass die Bürger der Wasserversorgung mehr Vertrauen schenken und künftig öfter das Wasser aus

dem Hahn trinken statt aus Flaschen. Das würde unseren Plastikabfall mächtig reduzieren.

Mit dem Gesetzentwurf hat die EU-Kommission übrigens auch auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ und deren Hauptforderung (Zugang zu Trinkwasser für jedermann) reagiert. Sollte auch der Ministerrat (also die zuständigen Minister der EU-Länder) dem Entwurf zustimmen, wären die Mitgliedstaaten aufgerufen, den Zugang zu Trinkwasser, beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen, zu verbessern, Informationskampagnen durchzuführen sowie die Ausgabe von kostenlosem Leitungswasser in öffentlichen Gebäuden, Restaurants, Kantinen und Cateringdiensten zu unterstützen.

## Aus dem Europäischen Parlament

**Wegwerfprodukte aus Plastik: EU-Parlament stimmt für Verbot ab 2021**

### **„Es geht nicht darum, die Plastik-Industrie zu bestrafen“**

**Einweg-Kunststoffartikel wie etwa Teller, Besteck, Strohhalme, Haltestäbe für Luftballons oder Wat-testäbchen sollen verboten werden.**

Diese Erzeugnisse machen über 70 Prozent der Abfälle im Meer aus und sollen deshalb bis 2021 in der EU vom Markt genommen werden. Das EU-Parlament hat vergangene Woche grünes Licht für den Richtlinien-Entwurf gegeben. Wir haben zudem Produkte aus schnell verfallenden, sogenannten oxo-abbaubaren Materialien wie Beutel oder Verpackungen und Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol in die Liste der verbotenen Produkte aufgenommen. Sehr leichte Plastiktüten, wie sie die meisten Supermärkte derzeit den Kunden anbieten um Obst oder Gemüse zu wiegen, hat meine Fraktion von dieser Liste streichen können. Die Grünen wollten zudem das Steigenlassen von Luftballons verbieten. Zum Glück haben wir auch diese Forderung erfolgreich abwehren können. Das wäre wirklich zu weit gegangen!

Der Entwurf sieht vor, dass der Verbrauch mehrerer anderer Artikel, für die es keine Alternative gibt, von den Mitgliedstaaten bis 2025 um mindestens 25 Prozent verringert werden muss. Dazu gehören Einweg-Burgerboxen, Sandwichboxen oder Lebensmittelbehälter für Obst, Gemüse, Desserts oder Eis. Die Mitgliedstaaten sollen die Verwendung von Produkten fördern, die für Mehrfachnutzung geeignet sind und, wenn sie zu Abfällen geworden sind, zur Wiederverwendung und zum Recycling

vorbereitet werden können. Zu diesem Zweck sollen sie auf nationaler Ebene Pläne erarbeiten. Die zweite Vorgabe lautet: Bis 2025 müssen 90 Prozent aller anderen Plastikartikel wie Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff getrennt eingesammelt und recycelt werden.

Der Gesetzesentwurf sieht auch Reduzierungsmaßnahmen für Abfälle aus Tabakprodukten vor, insbesondere für kunststoffhaltige Zigarettenfilter. Experten haben ausgerechnet: Ein Zigarettenstummel kann zwischen 500 und 1000 Liter Wasser verunreinigen. Auf die Straße geworfen, kann es bis zu zwölf Jahre dauern, bis er zerfällt. Zigarettenstummel sind die am zweithäufigsten weggeworfenen Einwegartikel aus Kunststoff. Sie sollen deshalb bis 2025 um 50 Prozent und bis 2030 um 80 Prozent reduziert werden, wobei die Tabakunternehmen die Kosten für die Abfallsammlung dieser Produkte übernehmen müssen.

Eines muss ich aber vielleicht noch einmal klarstellen: Es geht nicht darum, die Plastikindustrie zu bestrafen. Schließlich ist der Kunststoff in vielen Bereichen unseres Alltags nicht mehr wegzudenken: Er hilft, Lebensmittel länger frisch zu halten, Autos leichter zu machen oder Blutkonserven aufzubewahren. Ziel ist es, die Industrie zu Innovationen zu motivieren und die Recyclingquote zu verbessern. Das Parlament wird demnächst Verhandlungen über die endgültige Fassung des Gesetzes mit dem Rat aufnehmen, sobald die EU-Minister ihren eigenen Standpunkt zu diesem Thema festgelegt haben.

### **EU-Kommission harmonisiert Frequenzspektrum für das Internet der Dinge**

Gute Nachrichten für die digitale Zukunft Europas: Die EU-Kommission hat die Harmonisierung des Frequenzspektrums in den Frequenzbändern 874-876 und 915-921 MHz beschlossen. Dieser Beschluss wird eine Vielzahl von Anwendungen zur Unterstützung des Internets der Dinge, wie beispielsweise intelligente Häuser und Städte, ermöglichen und dazu beitragen, die Fragmentierung dieser Frequenzen in ganz Europa zu beheben. Experten prognostizieren für das Jahr 2020 weltweit rund 50 Milliarden vernetzte Geräte. Bislang nutzten die EU-Mitgliedstaaten die Bänder für verschiedene Zwecke, etwa für Geräte mit kurzer Reichweite oder die Bahnkommunikation. Funkspektrumwellen sind die Grundlage für Wi-Fi, Mobiltelefone und andere drahtlose Kommunikationsgeräte. Die jetzt getroffene Entscheidung ist wichtig, damit Europa eine führende Rolle beim Ausbau von 5G-Netzen übernehmen kann. Sie ergänzt andere Frequenzinitiativen im Zusammenhang mit 5G, die in anderen Bändern (700 MHz, 3,6 GHz und 26 GHz) laufen und eine weitere Verfügbarkeit des Spektrums bis 2020 vorsehen.

## Aus dem Europäischen Parlament

**Bekämpfung der zunehmenden Antibiotika-Resistenz**

### **Weniger Antibiotika in Tierställen zum Schutz von Menschen**

**Bauern in der EU sollen ihren Tieren künftig seltener Antibiotikum verabreichen dürfen. Ein entsprechendes Gesetz haben wir vergangene Woche in Straßburg auf den Weg gebracht.**

Mit dem Plenarvotum haben wir ein EU-weit einheitliches Tierarzneimittelrecht verabschiedet. Ein wesentlicher Teil davon regelt den künftigen Umgang mit Antibiotika. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben in der EU jährlich 25.000 Menschen, weil Antibiotika ihre Wirkung verlieren. Neben der Humanmedizin ist ein entscheidender Teil des Problems die unkritische Anwendung von Antibiotikum in der Tiermedizin. Sie befördert die Entstehung multiresistenter Keime.

Deshalb wird das neue Gesetz den Einsatz antibakterieller Arzneien zur Vorbeugung, das heißt wenn keine Anzeichen einer Infektion vorliegen (so genannte prophylakti-

sche Verwendung), auf einzelne Tiere beschränken. Die Medikamente dürfen nur noch dann verwendet werden, wenn dies von einem Tierarzt ausführlich gerechtfertigt wird, zum Beispiel in Fällen mit hohem Infektionsrisiko. Die metaphylaktische Anwendung (das heißt die Behandlung einer Gruppe von Tieren, wenn nur eines von ihnen Anzeichen einer Infektion aufweist) sollte ein letzter Ausweg sein und nur dann erfolgen, wenn ein Tierarzt eine Infektion diagnostiziert und das Antibiotikum verschrieben hat. Das Gesetz, das voraussichtlich 2021 in Kraft tritt, wird die EU-Kommission ermächtigen, bestimmte Antibiotika festzulegen, die nur noch bei Menschen und gar nicht mehr bei Tieren eingesetzt werden dürfen. Fleischimporte aus Drittstaaten fallen übrigens künftig ebenfalls unter die strengen EU-Regeln. Soll heißen: Fleisch von Tieren, die allein zu Wachstumszwecken Antibiotika erhalten haben, haben auf dem europäischen Markt nichts zu suchen.

#### **★ EU beschränkt 33 Chemikalien in Textilien**

Die Europäische Kommission hat neue Beschränkungen für die Verwendung von 33 Stoffen beschlossen, die bekanntermaßen Krebs verursachen oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen und in Bekleidung, Schuhen und anderen Textilwaren verwendet werden. Die neuen Vorschriften werden in die europäische REACH-Verordnung aufgenommen, die fortschrittlichste und umfassendste Chemikaliengesetzgebung der Welt. Es geht um Stoffe, die insbesondere bei häufigem Kontakt mit der menschlichen Haut Gesundheitsschäden hervorrufen können. Die neuen Vorschriften legen Höchstwerte für die Verwendung dieser Stoffe in Bekleidung und Textilien fest. Produkte, die die Grenzwerte überschreiten, dürfen unabhängig von ihrem Produktionsursprung in der EU nicht in Verkehr gebracht werden.

#### **★ EU weitet Schutz am Arbeitsplatz aus**

Die Liste der als krebserzeugend anerkannten chemischen Stoffe am Arbeitsplatz wird um acht weitere Stoffe, zu denen auch Dieselabgase gehören, erweitert. Mit der Neuregelung sollen laut EU-Kommission in den nächsten 50 Jahren in Europa etwa 100.000 Krebs-Todesfälle vermieden werden. Beschäftigte in der chemischen Industrie, der Metall- und der Automobilindustrie, Berufskraftfahrer, Bauarbeiter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Hafensektor und in der Lagerei werden besonders von den neuen Vorschriften profitieren. Die EU-Richtlinie deckt künftig insgesamt 22 Stoffe ab. Für einige der nun ergänzten Stoffe gibt es in Deutschland schon eigene Grenzwerte – nicht alle sind aber so streng wie die neuen EU-Vorgaben. Die Liste muss nun noch vom Ministerrat und dem Europaparlament formal gebilligt werden.

**Zugang zu Büchern für sehbehinderte EU-Bürger wird erleichtert:** Bücher, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse in Blindenschrift oder anderen Formaten für blinde und sehbehinderte Menschen werden in der gesamten EU leichter zugänglich. Neue Vorschriften, die jetzt in Kraft getreten sind, regeln die Ausnahme von den Urheberrechtvorschriften. Ermöglicht wurde dies, weil die EU die Ratifizierung des völkerrechtlichen Vertrags von Marrakesch am 1. Oktober 2018 abgeschlossen hat. Dafür habe ich mich persönlich über viele Jahre eingesetzt.



Spendenaktion am 5. November im Herkules-Markt (EDEKA) im Weimarer Atrium

## „Am liebsten Artikel, die ich schnell über den Scanner ziehen kann“

Liebe Weimarer, bitte tätigen Sie Ihre Einkäufe am 5. November von 8 bis 8:30 Uhr im EDEKA-Center des Weimarer Atriums und unterstützen Sie damit das Johannes-Landenberger-Förderzentrum!

Ich werde für 30 Minuten an einer der Kassen die Einkäufe der Kunden abkassieren. EDEKA spendet den Einkaufsbetrag, der in dieser Zeit bei mir über den Tisch geht, an das Johannes-Landenberger-Förderzentrum in Weimar. Am liebsten sind mir natürlich Artikel, die ich nicht groß wiegen muss, sondern die ich so schnell wie möglich über den Scanner ziehen kann. Denn je mehr Einkäufe ich in dieser Zeit schaffe, umso besser für das

Förderzentrum. Die Johannes-Landenberger-Schule ist eine Einrichtung der Diakonie, in der Kinder und Jugendliche mit erhöhtem sonderpädagogischen Bedarf unterrichtet und betreut werden. Ich selbst bin Mitglied des Stiftungsrates.

Nach der Spendenaktion werde ich mit den Edeka-Vertretern noch verschiedene Themen erörtern. Unter anderem geht es dabei um die anstehende EU-Gesetzgebung zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette. Andere Themen werden die Ausbildungsmodalitäten der Beschäftigten sowie das Engagement des Marktes in Sachen Energieeffizienz und Umweltbilanz sein.



### Angehende Referatsleiter bei mir zu Gast

Es ist quasi schon Tradition, dass sich die angehenden Referatsleiterinnen und -leiter der Thüringer Ministerien zusammentun, um nach Straßburg zu reisen und sich bei mir im Europaparlament über die Arbeit der Abgeordneten und den Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene zu informieren. Ich freue mich jedes Mal über die interessanten Gespräche und klugen Fragen. So auch vergangene Woche. Wir haben über aktuell anstehende Neuerungen wie die Reform der Rechte von Bahnreisenden gesprochen sowie die allgemeine Arbeitsweise des EU-Parlaments beleuchtet. Zur Sprache kamen auch verschiedene aktuelle politische Themen.

EU-Förderung „WiFi4EU“

## Erneuter Aufruf: Gutscheine für freies W-LAN in Gemeinden

Nachdem der erste Förderaufruf der Initiative „WiFi4EU“ für ungültig erklärt worden war, hat die EU-Kommission den nächsten Aufruf mit 2.500 zu verteilenden Gutscheinen veröffentlicht. Unternehmen, die WiFi-Infrastruktur bereitstellen, sind selbst nicht antragsberechtigt. Sie müssen von einer ausgewählten Gemeinde beauftragt werden und sich danach anmelden, um den Gutschein einlösen zu können.

Um am Förderaufruf teilzunehmen, ist eine Registrierung

erforderlich. An der Initiative können sich öffentliche Stellen beteiligen (zum Beispiel Gemeindeverwaltungen, Bibliotheken oder Gesundheitszentren). Es geht vorrangig darum, Orte auszustatten, an denen bisher kein kostenloser privater oder öffentlicher WLAN-Hotspot vorhanden ist. Für weitere Informationen steht eine Fragen-und-Antworten-Seite der EU-Kommission zur Verfügung:

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/faq/wifi4eu-fragen-und-antworten>

## Service und Termine

### ★ Deutschlandjahr in den USA 2018 / 2019

Von Oktober 2018 bis Ende 2019 findet in den USA ein Deutschlandjahr statt. Quer durch die Vereinigten Staaten unterstreichen die Veranstalter mit einem Bündel von Projekten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Bildung, Kultur und Wissenschaft die einzigartige Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Möchten Sie mit Ihrer Idee zum Deutschlandjahr beitragen? Vielleicht mit einem Popkonzert in Des Moines, einem Klima- / Energie-Projekt in Los Angeles, einer Messe des deutschen Ingenieurwesens in Mobile? Ob Workshop oder Bühnenaufführung, Vortrag oder Ausstellung, oder einem anderen Projekt zur Förderung von Dialog und Austausch – Ihrer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Weitere Informationen unter: <https://de.wunderbartogether.org/join/>

### ★ Hilfe für Antragsteller: Erasmus+ Mobilitätsprojekt

Berufs- und Erwachsenenbildung – Von der Projektidee zum Antrag: Wer 2019 das erste Mal ein Erasmus+ Mobilitätsprojekt beantragen möchte und sich Unterstützung bei der Antragstellung wünscht, kann eine Antragswerkstatt am 29. November in Bonn besuchen. Die Veranstaltung richtet sich an neue Antragsteller aus der Berufs- und Erwachsenenbildung. Infos unter: <https://bit.ly/2ArmYtr>

### ★ Stipendienprogramm „Civil Academy“

Das Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement schreibt in diesem Jahr 24 Stipendienplätze im Stipendienprogramm Civil Academy aus. Junge Leute zwischen 18 und 29 Jahren können sich bis zum 25. November um einen Platz bewerben. Das Programm richtet sich an alle, die Projektideen haben, um unserer Gesellschaft auf die Sprünge zu helfen und sie zu bereichern. Egal, ob Umweltschutz, Anti-Rassismus-Projekte oder Vorhaben für Vielfalt und Demokratie, Projekte aus Kultur, Sport, Nachbarschaft, Bildung oder jedem anderen Thema zur Umsetzung im In- und Ausland: Die Civil Academy unter-

stützt, begleitet und schult junge Engagierte, die schon eine Idee haben, aber nicht wissen, wie sie starten sollen. Erfahren Sie mehr unter: <https://www.civil-academy.de/>

### ★ Wettbewerb: Berufe im Wandel

Die bundesweite Aktion „Zeitreisende“ lädt Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren ein, auf Zeitreise durch die dualen Ausbildungsberufe in Deutschland zu gehen. Dazu führen sie eigenständig Interviews mit Fachkräften eines selbstgewählten Berufes. Die kreativsten Beiträge haben die Chance, zum Beispiel eine mehrtägige Gruppenreise an einen Ort, an dem die Arbeitswelten der Zukunft bereits Wirklichkeit sind, zu gewinnen. Außerdem winken ein Tagesausflug an ein Forschungsinstitut oder eine Smart Factory sowie Geld- und Sachpreise. Einsendeschluss ist der 30. November. Weitere Informationen unter: <https://bit.ly/2uVNiIN>

### ★ Deutsch-französischer Austausch in Berufsbildung

Die Deutsch-Französische Agentur für den Austausch in der beruflichen Bildung, „ProTandem“, unterstützt und fördert Träger der beruflichen Bildung und potentielle Freiwillige bei ihren deutsch-französischen Projekten. „ProTandem“ bietet zudem Gruppenaustausche in der Erstausbildung und Weiterbildung, Individualaustausche von Lehrern und Ausbildern sowie Tandemsprachkurse für Erwachsene an. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2JiZRq4>

### ★ Kurzbroschüre Erasmus+ Jugend in Aktion

Welche Fördermöglichkeiten und Serviceangebote bietet „Erasmus+ Jugend in Aktion“? Warum ist Erasmus+ Jugend in Aktion das wichtigste Förderinstrument zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie? Welche Wirkungen erzielt Erasmus+ Jugend in Aktion? Eine neue Kurzbroschüre fasst die wesentlichen Informationen rund um den Programmteil zusammen. Hier geht's zum Download des Heftes: <https://bit.ly/2SboeaY>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP  
Europabüro  
Frauenplan 8  
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07  
Fax 03643 50 10 71  
[www.europaabgeordneter.eu](http://www.europaabgeordneter.eu)  
[info@europaabgeordneter.eu](mailto:info@europaabgeordneter.eu)  
[www.facebook.com/europaabgeordneter](https://www.facebook.com/europaabgeordneter)



CDU